

Außerordentlicher Unterbezirksparteitag KölnSPD

23. November 2019
Köln – Chorweiler

Antragsspiegel



Übersicht Anträge zum außerordentlichen UB Parteitag KölnSPD am 23.November 2019

S t a n d	neu	Titel/Thema	Antragsteller	Anmerkung
		Kommunalpolitisches Wahlprogramm der KölnSPD 2020	UBV	
		Kommunalpolitik		
		Anträge die vom Parteitag 3-2019 an den Kommunalpolitischen Parteitag 11-2019 überwiesen wurden		
1	WoPo 1	UBV richtet Wohnungskommission ein	60 plus	
2	WoPo 2	Kein Verkauf städt. Häuser	60 plus	
3	WoPo 3	Wohnungsbau in Weiden	Weiden/ Lövenich	
4	WoPo 4	Wohnraum schaffen –Efferen eingemeinden	Jusos	
5	WoPo 5	Wohnungsnot bekämpfen, AirBnB regulieren	Jusos	
6	KomPo 1	Umweltticket KVB	Bocklemünd/ Mengenich	
7	KomPo 2	Transparenz schaffen – Macht begrenzen	Südstadt	
8	KomPo 5	Night-Mover Cologne	Jusos	
9	KomPo 6	Sport im Veedel stärken	Jusos	
10	KomPo 8	Eine Stadt für Alle	Jusos	
11	KomPo 9	Dieselfahrverbote dürfen nicht zur Enteignung führen	Jusos	
12	KomPo 11	Fernbusbahnhof in der Innenstadt reaktivieren	Jusos	
13	KomPo 12	Kinderarmut in Köln senken	Jusos	
14	KomPo 13	Leiradsystem ausbauen	Jusos	
15	KomPo 18	Kostenfreie Stadtbibliothek für Köln-Pass-Inhaber	Jusos	
16	KomPo 19	Plattform zur Jobvermittlung an Jugendliche	Jusos	
		Neu eingereichte Anträge zum 19.10.2019		
17		Kommunalpolitisches Praktikum f Köln	Jusos	
18		Wohnungslosigkeit den Kampf ansagen	Jusos	

1 **1 WoPo 1**

2

3 Antragsteller: AG 60plus

4 **Kommission Wohnungsbau- und Mietenpolitik**

5

6 **Weiterleitung:** UB-Vorstand

7

8 Der UB-Vorstand wird beauftragt, nach dem Vorbild der Bearbeitung der
9 Steuergerechtigkeitsproblematik eine Arbeitsgruppe ins Leben zu rufen, die bis zum
10 Jahresende 2019 konkrete Vorschläge zur Effektivierung öffentlicher Handlungsmöglichkeiten im Bereich des Wohnungsbaus und der Mietenbestandslage macht.

11

12 Hier ist nicht nur an den Ausbau bestehender Instrumente wie Vorkaufsrechte und
13 Erbpachtlösungen zu denken, um die Wohnkosten positiv beeinflussen zu können,
14 sondern es sollen auch weitergehende politische Einflussmöglichkeiten entwickelt
15 werden.

16

17

18 **2 WoPo 2**

19

20 Antragsteller: AG 60 plus

21 **Verkauf städtischer Mietwohnungen stoppen**

22

23 **Weiterleitung:** SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln

24

25 Die SPD-Ratsfraktion wird aufgefordert, sich gegen den Verkauf der städtischen
26 Mietshäuser Düsseldorfer Str. 156 und 160 sowie Holweider Str. 112 zur Wehr zu
27 setzen und grundsätzlich die Überführung des städtisch kontrollierten
28 Mietwohnungsbestandes in den „freien Markt“ zu verhindern.

30 **3 WoPo 3**

31
32 Antragsteller: Ortsverein Weiden/Lövenich/Junkersdorf/Widdersdorf

33
34 **Wohnungsbau in Weiden**

35
36 **Weiterleitung:** SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln

37
38 1. Der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln wird empfohlen, einer Änderung der ^
39 Bebauungsplanung zugunsten der jüngst von der Projektgesellschaft Weiden
40 GmbH & Co. KG mit dem Arbeitstitel „Ignystraße in Köln-Weiden“ vorgelegten
41 Planungen nur zuzustimmen, wenn die dort bereits durch eine Handelsgärtnerie
42 überbaute Gebäudegrundfläche nicht ausgedehnt wird.

43 2. Falls eine solche Bebauungsplanänderung doch beschlossen werden sollte, wird
44 die Ratsfraktion gebeten, darauf hinzuwirken,

- 45 - dass der Anteil der öffentlich geförderten Wohnungen auf 50% erhöht wird,
- 46 - dass eine leistungsfähige Fahrradverbindung zur Straßenbahnhaltestelle
47 Bahnstraße incl. eines Fahrradparkplatzes eingerichtet wird,
- 48 - dass die Barrieren auf der Jungbluthgassenbrücke im Interesse einer
49 gleichmäßigeren Verteilung des PKW-Verkehrs auf alle angrenzenden Stadtteile
50 beseitigt werden,
- 51 - dass ein Raum zu Treffen und Begegnung für die Bürgerinnen und Bürger im
52 Nahumfeld eingerichtet und vorgehalten wird,
- 53 - der restliche Grüngürtel in kommunales Eigentum überführt und dauerhaft
54 gestaltet wird, wobei auf Basis einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung der o.g.
55 Großinvestor zur Finanzierung des Grunderwerbs herangezogen werden sollte.

56 3. Die Ratsfraktion wird weiter gebeten,

- 57 - eine Ergänzung der geplanten Erweiterung der P+R-Anlage Weiden-West durch
58 eine Überbauung mit einer innovativen, grünflächenneutralen Wohnanlage im
59 Geschosswohnungsbau zu prüfen und ggf. nach Möglichkeit zu initiieren. Die
60 Bau- und Betriebsträgerschaft sollte dabei in gemeinnütziger Verantwortung
61 (z.B. GAG) wahrgenommen werden, eine sozial gemischte Vermietung
62 gewährleisten und ein angemessenes Infrastrukturangebot (Kita, Supermarkt,
63 ...) umfassen;
- 64 - ein vergleichbares Konzept auch für andere Flächen mit bisher nur trivialer Ein-
65 Ebenen-Nutzung, z.B. für die P+R-Parkanlage Marsdorf, zu prüfen und ggf.
66 nach Möglichkeit zu initiieren. Vergleichbares gilt auch längerfristig für das Areal
67 am Bahnhof Weiden-West nördlich des Bahndamms;
- 68 - darauf hinzuwirken, dass bei sich ergebenden Planungen, z.B. bei
69 Architektenwettbewerben, die Bürgerinnen und Bürger der Nachbarschaft aktiv
70 beteiligt werden.

71 Begründung

72 Zu 1. Im Jahr 2005 wurde mit dem von CDU und den Grünen gegen die Position der
73 SPD im Stadtentwicklungsausschuss beschlossenen Bebauungsplan zugunsten
74 einer Handelsgärtnerie diese Fläche mit dem Anschein einer Grünfläche versehen
75 und einer echten Grüngestaltung nachhaltig entzogen. Unser Votum damals
76 entsprach der Einschätzung sowohl des SPD-Ortsvereins als auch der vieler
77 Bürger/innen und Bürgerinitiativen, dass weder die Infrastrukturkapazitäten in

78 Weiden (Straßen, Schulen, etc.) noch die stadtclimatischen Erfordernisse mit einer
79 massierten, weiteren Bebauung an dieser Stelle in Weiden vereinbar waren. An
80 dieser Sachlage hat sich nichts geändert.

81 Eine Zustimmung der SPD zum o.g. Vorhaben würde in Weiden als Kehrtwende
82 aufgefasst und zu einem massiven Verlust auch des durch den Ortsverein mühsam
83 gepflegten, politischen Restvertrauens in die Glaubwürdigkeit der der Partei in
84 Weiden führen, was sich auch deutlich bei den anstehen Wahlen zeigen würde.

85 Zu 2. Sollte die Planänderung doch beschlossen werden, müssten die erforderlichen
86 Anpassungen der Infrastruktur inklusive einer gesicherten, öffentlichen Grünfläche in
87 die Wege geleitet werden.

88 Zu 3. Im Gegensatz zu dem unter 1. angesprochenen Bauvorhaben ließe sich mit
89 einer Überbauung der P+R-Anlage Weiden-West ein empfindlicher Beitrag zur
90 Entspannung des Wohnungsmarktes leisten, der zugleich nicht mit einem Verlust an
91 Grünfläche und einer Überforderung der Infrastruktur verbunden ist. Das Areal ließe
92 den Bau von ca. 1500 Wohneinheiten mit – wegen der ausgezeichneten ÖPNV-
93 Anbindung – relativ geringem Verkehrszuwachs zu.

94

95 Weder die KölnSPD noch die Stadtgesellschaft sollten sich von Immobilieninvestoren treiben
96 lassen. Maßnahmen zur Entspannung des Wohnungsmarktes sind im Rahmen einer
97 nachhaltigen Stadtentwicklung als Teil der Daseinsfürsorge zu verstehen. Deshalb ist ein
98 deutlich verstärktes Engagement gemeinnütziger Träger für Bau und Betrieb von großen
99 Wohnanlagen dringend geboten. Dadurch wäre es möglich, bei der hohen
100 Siedlungsattraktivität der Metropole Köln trotz der unumgänglichen Besiedlungsverdichtung
101 sowohl einen stadtclimatisch wirksamen Grünanteil als auch eine gezielte Durchmischung
102 der Stadt sowohl in sozialer Hinsicht als auch mit Blick auf die Lebensräume von Wohnen,
103 Einkaufen und Erholen systematisch zu gestalten

104

105 **4 WoPo 4**

106
107 Antragsteller*in: Jusos

108
109 **Wohnraum schaffen – Efferen eingemeinden**

110
111 **Weiterleitung:** SPD-Fraktionen im Landtag NRW und im Rat der Stadt Köln

112
113 Wir fordern Wohnraum am Rande Lindenthal zu schaffen:

- 114 - Die Flurflächen südlich des Azubi- & Studierendendorfs Marsdorf-Süd, südlich
115 der Gleueler Straße (derzeit zu Hürth) sollen zur Stadt Köln eingemeindet und an
116 dieses Dorf angegliedert werden.
- 117 - Der Ortsteil Efferen (derzeit Hürth) inklusive des darin bestehenden
118 Studierendendorfs soll zu Köln eingemeindet werden.

119
120 Begründung

121
122 Kartenausschnitt Efferen-Nord:

123 <https://www.dropbox.com/s/4a5y3humg0c36ap/Efferen-Nord.png>

124 Kartenausschnitt Efferen-Mitte:

125 <https://www.dropbox.com/s/17rerwv70v47jl/Efferen.png>

126 Eine dauerhafte Lösung für mehr und bezahlbaren Wohnraum lässt sich nur
127 schaffen, wenn die knappe Fläche Köln außerhalb des Grüngürtels wächst. Hierzu
128 sehen wir Potenzial für ein Studierendendorf im derzeit nicht erschlossenen
129 Marsdorf-Süd. Durch dieses Studierendendorf würde allerdings die Stadtgrenze
130 Kölns laufen. Für eine einheitliche Bauplanung ist daher eine Eingemeindung dieser
131 Flurstücke unerlässlich.

132 Daneben gewährt der Stadtteil Efferen durch seine Nähe zu Köln bereits jetzt einen
133 idealen Standort, um studentisches Wohnen zu ermöglichen. Die Interessen der
134 Studierenden und des Studierendenwerks, eine verbesserte Anbindung dieses
135 Studierendendorfes zu schaffen und es auf Sicht zu erweitern, kommen derzeit
136 jedoch zwischen den politischen Plänen der Städte Köln und Hürth zu kurz. Eine
137 Planung kann daher nur aus einer Hand gelingen. Wegen seiner Nähe zu Köln
138 eignet sich Efferen hervorragend für eine Eingemeindung. Teile Efferens wurden in
139 der Geschichte bereits eingemeindet. Eine Eingemeindung ganz Efferens zu Köln
140 war bereits in den frühen 1930er-Jahren und im Rahmen der Gebietsreform in den
141 1970er-Jahren angedacht. In den mittlerweile knapp 50 Jahren haben sich die
142 Lebensverhältnisse und die Anbindung Efferens an Köln noch einmal verstärkt.
143 Daher halten wir es mit Blick auf die Kölner Wohnraumknappheit für an der Zeit, die
144 Diskussion über eine Eingemeindung Efferens wieder aufzunehmen.

145

146 5 WoPo 5

147

148 Antragsteller*in: Jusos

149 **Wohnungsnot bekämpfen – AirBnB regulieren**

150

151 **Weiterleitung:** SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln

152 Um eine Entlastung der Wohnungsnot in Köln zu erreichen und AirBnB besser zu
153 regulieren, fordern wir folgende Veränderungen bei der Verwaltung der Stadt Köln.

- 154 1. Die Stadt verpflichtet sich, mehr Mitarbeiter*innen zur Kontrolle von Verstößen
155 gegen das Zweckentfremdungsverbot einzustellen. Wir fordern die Einrichtung
156 einer Task Force, um das Verbot schlagkräftig durchzusetzen.Um eine
157 Entlastung der Wohnungsnot in Köln zu erreichen und AirBnB besser zu
158 regulieren, fordern wir folgende Veränderungen in der
159 Wohnraumschutzzsatzung der Stadt Köln.
- 160 2. Bei einer Vermietung einer Wohnung von mehr als 14 Tagen pro Monat
161 muss eine Genehmigung bei der Stadt Köln, im Sinne der aktuellen
162 Wohnraumschutzzsatzung, eingeholt werden. Die Vermieter*innen erhalten
163 dann eine Registrierungsnummer, die sie verpflichtend auf der AirBnB
164 Plattform oder ähnlichen Portalen mit ihrem zu vermietenden Objekt angeben
165 müssen.
- 166 3. Bei der Vermietung von Wohnraum muss eine solche Genehmigung ab 60
167 Tagen Vermietung pro Jahr eingeholt werden. Das Zimmer darf nur in einer
168 Wohnung vermietet werden, in der der*die Vermieter*in seinen*ihren
169 Hauptwohnsitz hat. Auch hier gilt dann die Registrierungsnummer. Für
170 Nebenwohnsitze soll die Möglichkeit geschaffen werden in der Kommune, in
171 der dieser liegt, eine Sondergenehmigung zu beantragen, um eine Vermietung
172 von etwa Pendler*innenwohnungen zu ermöglichen.
- 173 4. Ein*e Anbieter*in darf nur ein Zimmer oder eine Wohnung gleichzeitig
174 anbieten, d.h. insgesamt nur 1 Objekt.
- 175 5. Bei Verstößen kann ein Bußgeld von bis zu 100.000 Euro pro
176 betroffenem Wohnobjekt fällig werden (statt jetzigen 50.000 Euro).
- 177 6. Die Stadt Köln bietet eine Online-Möglichkeit, die es den Bürger*innen
178 erleichtert, Fälle von Missachtung des Zweckentfremdungsverbots zu melden.
- 179 7. Zudem soll eine Halterhaftung für Wohnungs-Eigentümer eingeführt werden,
180 die die Beweispflicht umkehrt. Wird die Zweckentfremdung einer Wohnung
181 festgestellt, wird die Haftung der/des
182 Wohnungseigentümerin/Wohnungseigentümers automatisch vermutet. Will
183 der Eigentümer/die Eigentümerin die Zweckentfremdung nicht zu vertreten
184 haben, muss er/sie nachweisen, dass die Zweckentfremdung von Dritten
185 ausging.

186 Des Weiteren soll die Köln SPD versuchen, durch Kontakte auf der Landes-, Bundes-
187 oder europäischen Ebene dafür zu sorgen, dass AirBnB dazu verpflichtet wird,
188 einzelne Daten (Name und Adresse) der Vermieter*innen preiszugeben.

189

190 **6 KomPo 1**

191
192 Antragsteller: Ortsverein Bocklemünd-Mengenich

193
194 **Umweltticket der KVB**

195
196 **Weiterleitung:** SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln

197
198 Zur Vermeidung des Dieselfahrverbotes und zur Verbesserung der Luftqualität soll
199 ein Umweltticket von der KVB nach dem Vorbild Bonns (1€ pro Tag/ 365 € im Jahr)
200 eingeführt werden

201

202 **7 KomPo 2**

203 Antragsteller: Ortsverein Südstadt

204 **Transparenz schaffen – Macht begrenzen – Gleichberechtigung fördern**

205 **Weiterleitung:** SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln und UB-Vorstand

206

207 1. Zu Beginn jedes Jahres veröffentlichen die SPD Ratsfraktion und der SPD
208 Unterbezirk Köln eine Liste, der zu entnehmen ist wer auf Vorschlag der Köln
209 SPD oder für die Köln SPD in den Aufsichtsräten welcher stadtnaher bzw.
210 stadt eigener Unternehmen angehört und welche besonderen Funktionen (z.B.
211 (stellvertretende) Vorsitzende) dort von diesen wahrgenommen werden. Die
212 Listen sind auf der Internetseite der KölnSPD sowie allen Mitgliedern per E-
213 Mail zu veröffentlichen.

214 2. Bei den von der KölnSPD zu benennenden Aufsichtsratsmitgliedern sollen
215 beide Geschlechter zu mindestens 40% vertreten sein. Dies gilt auch für
216 besondere Funktionen.

217 3. Um Machtkonzentration und –missbrauch zu vermeiden, darf ab sofort kein
218 Mitglied der SPD mehr als zwei Aufsichtsratsmandate in stadteigenen oder
219 stadtnahen Unternehmen bekleiden.

220 Ausnahmen von dieser Regel bedürfen einer Zweidrittelmehrheit von der
221 Ratsfraktion und einer Zweidrittelmehrheit durch den Parteitag bzw. den
222 Parteirat der KölnSPD.

223 4. Die Ratsfraktion legt jeweils zu Beginn der Legislaturperiode eine Obergrenze
224 fest, bis zu welcher die von der SPD entsandten Mandatsträgerinnen und
225 Mandatsträger die erhaltenen Sitzungsgelder und Vergütungen/Tantieme
226 behalten dürfen. Alle Bezüge oberhalb dieser Grenze müssen an die Partei
227 abgeführt werden.

228

229 Die Kontrollkommission der KölnSPD überwacht die Einhaltung dieser
230 Regelung und erstattet dem Parteitag mindestens einmal jährlich Bericht.

231

232 Begründung

233 Die Machtpositionen Einzelner soll begrenzt und die Verteilung von
234 Aufsichtsratsmandaten geschlechtergerecht gestaltet werden. Der Umgang mit den
235 Mandaten in stadteigenen und stadtnahen Unternehmen muss transparenter werden,
236 wenn wir in Köln Vertrauen für sozialdemokratische Politik zurückgewinnen wollen.

237 Die letzte und auch einzige Veröffentlichung über die Wahrnehmung von
238 Aufsichtsratsmandaten durch Mitglieder der KölnSPD stammt aus dem Jahr 2014.
239 Sie ist veraltet und unvollständig. Ein purer Verweis auf die Berichte und öffentlichen
240 Register der einzelnen Unternehmen und Gesellschaften ist kein Zeichen von
241 Transparenz.

242 Einen ähnlichen Antrag zu den Punkten 1-3 haben wir beim Parteirat am 04.09.2018
243 eingebbracht. Die dort gemachten Zusagen wurden bis heute nicht erfüllt.

244 **8 KomPo 5**

245

246 Antragssteller*innen: Jusos

247 **Night-Mover Cologne**

248

249 **Weiterleitung:** SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln

250 Wir fordern die Stadtratsfraktion der KölnSPD auf, das Konzept „Night-Mover“,
251 welches bereits in niederrheinischen Kreisen erfolgreich ist, auch für Köln zu
252 unterstützen und im Stadtrat vorzuschlagen. Das Konzept „Night-Mover“ soll jungen
253 Menschen ermöglichen, günstig, sicher und flexibel nachts mit dem Taxi oder
254 Mietwagen nach Hause zu kommen – und zwar auch abseits des KVB-Liniennetzes.

255 Dieses Konzept beinhaltet die Förderung von Taxi- oder Mietwagenfahrten zwischen
256 22.00 Uhr und 6.00 Uhr des Folgetages mit einem Zuschuss von bis zu 5,00 Euro
257 pro Person. Dabei muss es sich um Schüler*innen, Auszubildende, Teilnehmer*innen
258 eines Freiwilligendienstes, Studierende oder Inhaber*innen des Köln-Passes mit
259 einem Mindestalter von 16 Jahren handeln, die ihren Ausbildungsort oder Wohnsitz
260 in Köln haben. Zu einer Fahrt dürfen sich mehrere Personen zusammenschließen,
261 um Gruppenfahrten zusätzlich zu vergünstigen. Taxifahrten werden jedoch nur ab 10
262 Euro Fahrpreis bezuschusst. Der Zuschuss soll über Gutscheine erfolgen. Diese
263 können möglichst nutzerfreundlich auf einer Internetseite oder über eine App
264 erworben werden.

265

266 Begründung

267 Für junge Menschen in Köln, die nicht in der Innenstadt, sondern in den
268 Randgebieten wohnen, ist es besonders schwer mobil zu sein. Insbesondere an den
269 Wochenenden oder Feiertagen ist es schwierig, abseits des zentralen Netzes der
270 KVB in den Abend- und Nachtstunden mit dem öffentlichen Nahverkehr nach Hause
271 zu gelangen. Die Nachtlinien decken bei Weitem nicht das Tagesangebot ab und
272 führen daher zu einer Unterversorgung der äußeren Stadtbezirke.

273 Durch den Night-Mover sollen junge Menschen finanziell durch den gewährten
274 Zuschuss in Höhe von 5,00 Euro pro Person unterstützt werden, damit auch diese
275 am nächtlichen Leben der Stadt teilnehmen und gleichzeitig sicher und günstig nach
276 Hause gelangen können.

277 Dieses Konzept hat sich bereits im Kreis Kleve über Jahre bewährt. Der Vorteil
278 dieser Bezuschussung von Taxi- und Mietwagenfahrten liegt in der flexiblen,
279 bedarfsgerechten Förderung, die auf bereits bestehende Strukturen zurückgreift und
280 nur bei Beanspruchung Kosten verursacht. Die Einrichtung weiterer Nachtlinien

281 durch die KVB, die sicherlich langfristig das Ziel sein sollte, nimmt mehr Zeit und
282 Planung in Anspruch und führt zu höheren Kosten, da diese unabhängig von ihrer
283 Beanspruchung anfallen. Der Night-Mover stellt somit eine sinnvolle und
284 wirtschaftliche Ergänzung zu dem ÖPNV-Angebot der KVB dar. Es könnte zudem als
285 Pilotprojekt für zusätzliche nächtliche ÖPNV Angebote dienen, da sich dadurch
286 feststellen lässt, wo erhöhter Bedarf besteht.

287

288

9 KomPo 6

289 Antragssteller*innen: Jusos

290 **Den Sport im Veedel stärken!**

291

292 **Weiterleitung:** SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln

293 Jedes Kind soll die Chance bekommen, am Vereinssport in Köln teilzuhaben. Nach
294 dem Vorbild anderer Städte in NRW fordern wir daher ein Sportprogramm für die
295 Stadt Köln, welches Kindern eine einjährige Probemitgliedschaft in einem
296 gemeinnützig geführten Kölner Sportverein ihrer Wahl finanziert.

297 Zudem soll die Pflege öffentlicher Sportplätze zu verstärkt werden. Hierfür soll das
298 Konzept der Spielplatzpaten künftig auf diese ausgeweitet werden. Kölner
299 Bürgerinnen und Bürger sollen so die Möglichkeit erhalten, die ehrenamtliche Pflege
300 öffentlicher Sportplätze zu unterstützen.

301 **10 KomPo 8**

302
303 Antragsteller*inne: Jusos
304 **Eine Stadt für Alle**

305
306 **Weiterleitung:** SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln

308 Köln und der städtischen Kommunalpolitik stehen viele Herausforderungen bevor.
309 Einige sind neu, wie die Frage nach Dieselfahrverboten, andere ein nie endender
310 Dauerbrenner, wie die Frage, wo neuer Wohnraum geschaffen werden kann, wenn
311 nahezu jede erdenkliche Fläche vollkommen genutzt oder gar überlastet ist. Jetzt ist
312 es an der Zeit, dass wir die Probleme im Kern anpacken und statt einer stumpfen
313 Symptombekämpfung ein visionäres Bild für die Zukunft unserer Domstadt
314 entwickeln, die Bürger*innen dabei einbeziehen und sie dafür begeistern! .

315
316 Wir fordern: eine sozial verträgliche Verkehrswende, die einen autofreien Verkehr
317 und ein kostenfreies öffentliches Verkehrssystem zum Ziel hat und damit die
318 Umweltpolitik in den Fokus nimmt.

319
320 Verkehr und Mobilität sind ein Grundpfeiler der kommunalen Daseinsvorsorge. Eine
321 gute Anbindung ist nicht nur für Menschen unerlässlich, die sich kein eigenes Auto
322 leisten können oder in den äußeren Stadtbezirken leben, sondern besonders auch
323 für diejenigen, die körperlich nicht in der Lage sind, alleine mit dem Auto zu fahren.
324 Dazu kommt, dass die Innenstadt überfüllt ist und für Autos schlichtweg kein Platz
325 bleibt. Durch konstruktive Alternativen können erste Schritte für eine
326 Umstrukturierung getan werden. Wir fordern daher einen vernünftigen Ausbau des
327 Fahrradnetzes, öffentliche Angebote zur Wartung von Fahrrädern und einen Ausbau
328 des Leihradangebotes. Letzteres muss vernünftig strukturiert und auch dezentral
329 verfügbar sein, also nicht nur an Knotenpunkten wie dem Hauptbahnhof oder der
330 Universität, sondern im gesamten Stadtgebiet und damit ausdrücklich auch in den
331 Vororten dieser Stadt.

332 Allein aus ökologischen Aspekten ist es unabdingbar, dass endlich eine
333 Umorientierung auch zu alternativen Verkehrskonzepten, wie einem Wassertaxi,
334 stattfindet. Im Fall der Dieselfahrzeuge sind besonders die Hersteller*innen endlich in
335 die Pflicht zu nehmen, um die Autos nachzurüsten, die unter den aktuellen
336 Bedingungen in naher Zukunft eventuell nicht mehr fahren dürfen. Es ist für uns
337 unverständlich, weshalb die Autoindustrie immer nur als Profiteurin aus solchen
338 Konflikten herausgeht. Deswegen muss man endlich ansetzen, wo es weh tut, und
339 die Autoindustrie zu Maßnahmen zugunsten der Bürger*innen verpflichten. Dennoch
340 bleibt das oberste Ziel, Köln in weiten Teilen von Autos zu befreien. Die Förderung
341 von Sharing-Modellen trüge beispielsweise dazu bei, die Attraktivität eines eigenen
342 Autos zu vermindern.

343 Gleichzeitig braucht es mehr Angebote, damit auch Menschen, die nicht in zentraler
344 Innenstadtlage wohnen, nachts sicher nach Hause kommen. Hierfür wiederholen wir
345 unsere Forderung, dass es einen Nachtverkehr auch unter der Woche gibt, mit dem
346 jede*r Bürger*in nachts nach Hause kommen kann. Ein ÖPNV, der nachts um ein
347 Uhr komplett den Verkehr einstellt, wird einer Millionenstadt wie Köln nicht gerecht!
348 Dabei ist uns wichtig, dass dabei nicht nur die Innenstadt angefahren wird, sondern
349 das gesamte Kölner Stadtgebiet bedient wird. Hier sollen auch Kooperationen mit
350 Nachbarstädten geprüft werden.

351 Wir fordern: eine einheitliche Stadtförderung und -entwicklung anstatt einer
352 zunehmenden Zweiklassen-Ausrichtung mit einem zukunftsweisenden
353 Verkehrskonzept, welches den Gesellschaftswandel weg vom Auto und hin zur
354 Sharing Economy aktiv fördert und unterstützt.

355
356 Es ist ein zunehmendes Problem, dass große Teile von beliebten Veedeln durch
357 private Investor*innen aufgekauft und luxussaniert werden oder dass
358 Einzelhändler*innen durch marktmächtige Monopolist*innen verdrängt werden.
359 Angebote, die besonders für Menschen ohne viel Geld ein Zugewinn sein können,
360 bleiben dabei auf der Strecke, etwa die Förderung von Bürger*innen- und
361 Jugendzentren, öffentlichen Spielplätzen oder Sportangeboten. Daher ist es für uns
362 als Jungsozialist*innen ein Muss, dass mehr für alle Menschen im Veedel getan wird
363 und nicht nur für die wirtschaftliche Konjunktur.

364 In vielen Veedeln trägt es zu einem guten Klima bei, dass ein diverses und kulturell
365 geprägtes Leben stattfindet, das nicht vom nötigen Kleingeld abhängig ist. Damit wird
366 aber mehr und mehr gebrochen: Menschen, die ihr Leben lang in einem Veedel
367 gewohnt haben, werden aus reiner Profitgier verdrängt, weil sie sich die Miete der
368 neu renovierten Wohnung nicht mehr leisten können.

369
370 Wir fordern: eine radikale Maximalgrenze von 9 € pro m² für Mieten und eine
371 geregelte Kontrollinstanz für Wohnungsmisbrauch durch Zweckentfremdung, bis hin
372 zur Enteignung bei wiederholter Missachtung.

373
374 Wohnen ist teuer - dabei sollte ein Dach über dem Kopf ein Grundrecht sein. Wer in
375 Köln eine Wohnung sucht, braucht eine hohe Frustrationstoleranz. Ein großes
376 Problem ist die wirtschaftlich ausgerichtete Vermietung der Wohnobjekte via Airbnb.
377 Anstatt Wohnraum dauerhaft zu vermieten, geht der Trend zur phasenweisen
378 Verbuchung an Tourist*innen, was für Vermieter*innen lohnenswerter ist, als die
379 Wohnung dauerhaft zu vermieten. In Zeiten knappen Wohnraums darf das kein
380 gängiges System zur Bereicherung Einzelner sein. Es bedarf einer vernünftigen
381 Regulierung und Kontrolle seitens der Stadt, die hohe Strafen von 100.000 Euro bei
382 Zweckentfremdung nach sich ziehen müssen!

383 Wohnraum, der leer steht, weil es für die Eigentümer*innen bequemer ist als ihn zu
384 vermieten, muss enteignet und an Menschen weitervermietet werden, die ihn
385 dringend brauchen. Vermieter*innen, die ihre Immobilie aus finanziellen Gründen
386 nicht sanieren können, brauchen ausreichend Fördermittel, die ihnen unter die Arme
387 greifen, damit Immobilien weiterhin auch aus privatem Besitz und nicht nur durch
388 Großunternehmen vermietet werden, die sich so eine Monopolstellung sichern
389 könnten.

390 Das Wohnen in den äußeren Stadtbezirken und Veedeln von Köln muss durch einen
391 deutlichen Ausbau der Infrastruktur (Einkaufsmöglichkeiten, ÖPNV, Gastronomie,
392 Schulen etc.) attraktiver gemacht werden. Angebote, die für die Innenstadt eine
393 Selbstverständlichkeit sind, müssen auch für außerhalb liegende Standorte in
394 Chorweiler oder Porz mitgedacht werden. Es gehört für uns zum Grundverständnis
395 einer jungsozialistischen und sozialdemokratischen Politik, dass das Leben in jedem
396 Veedel lebenswert sein muss und eine entsprechende Lebensqualität herzustellen
397 ist!

398
399 Wir fordern: eine grundlegende Kernsanierung aller Schulen und eine einheitliche
400 Ausstattung mit aktuellen technischen Mitteln, sowie ein auf Köln angepasstes
401 Förderprogramm für Kinder und Jugendliche mit Schwierigkeiten im Schulalltag.

402 Bildung ist das wichtigste Rüstzeug, wenn es darum geht, eine gute Zukunft für
403 Kinder und Jugendliche zu ermöglichen. Wir müssen deswegen dafür sorgen, dass
404 sie allen Kindern und Jugendlichen in Köln in gleichen Teilen zur Verfügung steht.
405 Dazu gehört, dass Schulen unabhängig von ihren Standorten gebaut und/oder
406 saniert werden, sodass es überall in Köln exzellente Bildungseinrichtungen gibt. Es
407 darf nicht nur moderne Schulen in chichen Neubauvierteln geben, sondern perfekt
408 ausgestattete Schulen sollten in unserer Gesellschaft eine Selbstverständlichkeit
409 sein. Um auch moderne Weiterbildung zu ermöglichen, fordern wir zudem eine
410 technische Aufrüstung der Volkshochschulen. Insgesamt darf Digitalisierung nicht
411 länger ein Lippenbekenntnis bleiben. Stattdessen muss die Stadt Köln eine moderne
412 Ausstattung ihrer Bildungseinrichtungen sicherstellen und dabei alle Mittel einsetzen,
413 die sie zur Verfügung hat.

414

415 Im Umkehrschluss heißt das:

416 Es wird Zeit, dass die Kommunalpolitik ein neues Gesicht erhält. Wir Jusos waren bei
417 vergangenen Wahlkämpfen, ob auf kommunaler, Bundes- oder Europaebene immer
418 aktiv dabei. Haben Kandidat*innen auf der Straße unterstützt, Haustürwahlkampf
419 gemacht, Flyer verteilt und vieles mehr. Wir sind ein aktiver Teil unserer Partei, der
420 auf die Zukunft gerichtet ist. Als aktiver Teil dieser Partei wollen wir nicht mehr nur
421 gefordert, sondern auch gefördert werden! Gemeinsam wollen wir Köln besser
422 machen. Unsere politische Arbeit zeigt, dass wir Zukunftskonzepte erarbeiten können
423 und diese auch eigenhändig mit umsetzen wollen. Wir sind mehr als bereit, selbst
424 Verantwortung zu übernehmen. Unsere Antragsvielfalt bei unserer
425 Unterbezirksdelegiertenkonferenz beweist, mit welcher Bandbreite an Themen wir
426 uns auseinandersetzen und dass wir dabei neu und innovativ denken!

427 Deswegen möchten wir zusammen mit euch eine Stadt entwickeln, die jünger,
428 attraktiver und vor allem eine Stadt für alle ist: unabhängig von der Herkunft, dem
429 Einkommen oder sonstigen Kriterien. Alle sollen einen lebenswerten Platz in dieser
430 Stadt haben, und dafür setzen wir uns ein. Denn das ist das Herz unserer Idee
431 einer jungsozialistischen und sozialdemokratischen Gesellschaft für alle!

432

433 **11 KomPo 9**

434
435 Antragssteller*in: Jusos in der Köln SPD

436
437 **Dieselfahrverbote dürfen nicht zur Enteignung von Kölner Bürgerinnen**
438 **und Bürgern führen!**

439
440 **Weiterleitung:** SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln und Bundesparteitag

441
442 Das Diesel-Urteil des Kölner-Verwaltungsgericht vom November 2018 war einerseits
443 zu erwarten, aber andererseits gleichzeitig auch ein Schock für die Kölner
444 Bürgerinnen und Bürger. Seit Jahren schon wurden in Köln die Stickoxid-Grenzwerte
445 nicht eingehalten - das Urteil ist gleichzeitig ein Ergebnis einer Politik, die zu lange
446 nicht gehandelt sondern weggeschaut hat.

447 Diese Fehler dürfen jetzt nicht auf den Rücken der Kölnerinnen und Kölner
448 ausgetragen werden! Wir Jusos Köln stehen solidarisch an der Seite der betroffenen
449 Kölnerinnen und Kölner, die in den letzten Jahren in gutem Glauben ein Diesel- oder
450 Benziner-Fahrzeug gekauft haben und jetzt in ihrer Mobilität eingeschränkt werden.
451 Wir fordern nicht weniger als eine Mobilitätsgarantie für alle betroffenen Bürgerinnen
452 und Bürger, die durch angemessene Angebote von Seiten der Politik und der
453 Wirtschaft geschaffen werden soll! Als Betroffene gelten alle Autobesitzer*innen, die
454 bis zur Urteilsverkündung des Dieselfahrverbotes in Köln ein Dieselfahrzeug
455 besessen haben und für sie sollen die folgenden Regelungen gelten.

456 Konkret bedeutet dies:

457
458 - Betroffene Menschen müssen wesentlich günstigeren Zugang zu den öffentlichen
459 Verkehrsmitteln in Köln bekommen. Diesen sollen sie, und ihre engsten
460 Familienangehörigen, durch ein Ticket erhalten, mit dem sie für einen Euro am Tag
461 befristet auf ein Jahr jederzeit den ÖPNV nutzen können.

462 - Betroffene Autos müssen so schnell wie nur möglich nachgerüstet werden. Bei
463 Autos, die aufgrund von Schummelsoftwaren der Hersteller ursprünglich zugelassen
464 und nun gesperrt worden sind, sollen die Hersteller die Kosten der Hardware-
465 Nachrüstung vollständig übernehmen müssen. Diese Kosten dürfen aber von den
466 Fahrzeug-Herstellern nicht als Gründe für Stellenabbau in der Belegschaft angeführt
467 werden - die Beschäftigten müssen davor geschützt werden!

468 In Fällen, in denen die Hersteller die nun betroffenen Fahrzeuge korrekt hergestellt
469 haben, müssen die Hersteller und die Bundesregierung zusammen mindestens 85
470 Prozent der Hardware-Kosten jeweils zur Hälfte übernehmen.

471 Des Weiteren fordern die Jusos Köln einen Fonds der Bundesregierung, der den
472 städtischen Verkehrsbetrieben die Mittel zur Nachrüstung der eigenen Verkehrsmittel
473 zur Verfügung stellt.

474 **12 KomPo 11**

475

476 Antragsteller*in: Jusos

477

478 **Fernbusbahnhof in der Innenstadt reaktivieren**

479

480 **Weiterleitung:** SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln

481

482 Fernbusse bieten gerade für junge Menschen und Menschen mit geringem
483 Einkommen eine günstige Reisemöglichkeit. In Köln wurden die Fernbusse allerdings
484 2015 aus der Innenstadt verbannt. Die Fahrt nach Leverkusen oder zum Kölner
485 Flughafen stellt jedoch sowohl vom Aufwand als auch finanziell eine zusätzliche
486 Belastung dar. Deshalb müssen Fernbusse endlich wieder einen Bahnhof in der
487 Nähe eines zentralen Bahnhofes bekommen. Hierfür käme zum Beispiel der Standort
488 Walter-Pauli-Ring infrage, der eine Option in Autobahnnähe darstellt und keine
489 weitere Belastung den Innenstadtverkehr darstellen würde.

490

491

492

493

494

495 **13 KomPo 12**

496

497 Antragsteller*in: Jusos

498 **Kinderarmut in Köln senken; Handlungskonzept aktualisieren und umsetzen**

499

500 **Weiterleitung:** SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln

501

502 Die Jusos Köln fordern das Dezernat für Bildung, Jugend und Sport auf den Entwurf
503 für die Fortschreibung und Aktualisierung des Handlungskonzepts gegen die Folgen
504 von Kinderarmut in Köln zeitnah vorzulegen und unter Teilhabe der Betroffenen und
505 wichtigen Akteur*innen der Armsprävention zu diskutieren.

506 Die Stadt Köln sollte prüfen selbst einen entsprechenden Sozial-Atlas zu erstellen. Im
507 Mittelpunkt sollte dabei neben Wirkungsanalyse und Ressourcenmanagement der
508 interkommunale Vernetzungs- und Transparenzgedanke stehen.

509 **14 KomPo 13**

510
511 Antragsteller*in: Jusos

512 **Radfahren der Zukunft – Leihradsystem ausbauen**

513
514 **Weiterleitung:** SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln

515
516 Die Verwendung klimafreundlicher Fortbewegungsmittel ist häufig nur in
517 Kombinationen verschiedener Fortbewegungsmittel möglich. Die Kombination von
518 ÖPNV und Fahrrad ist dabei erstrebenswert und muss von der Stadt stark gefördert
519 werden. Deshalb ist der Ausbau des Leihradsystems unumgänglich für die zukünftige
520 Mobilität in Köln. Leihräder, die über Abonnements für den ÖPNV genutzt werden
521 können, sind dabei optimal für die Nutzung klimafreundlicher Fortbewegungsmittel.
522 Das Leihradsystem der KVB stößt dabei derzeit an seine Grenzen. Viele Menschen
523 benutzen täglich die Fahrräder, weshalb die Kapazitäten dringend ausgebaut werden
524 müssen. Regelmäßig finden Menschen, gerade zu den Hauptverkehrszeiten, keine
525 Leihräder der KVB, da es nicht genügend Fahrräder gibt.

526 Wir begrüßen ausdrücklich die kleine Erhöhung der Fahrradanzahl und die
527 Ausweitung des Leihradsystems mit Stationen auf das gesamte Stadtgebiet ab 2020.
528 Diese Maßnahmen werden aber nicht ausreichen, um das gesamte Kölner
529 Stadtgebiet mit einem guten Leihradsystem zu versorgen.

530 Deshalb fordern wir:

- 531 • Die Erhöhung der Fahrradanzahl auf 5000 Fahrräder im Stadtgebiet, um
532 gerade auch die vielen neuen Stationen in den äußeren Stadtbezirken zu versorgen
- 533 • Kund*innen mit KVB-Abonnements sollen in Zukunft eine Stunde kostenfrei
534 mit den Leihräder fahren können. Dies soll auch für Schüler*innen gelten, die ein
535 entsprechendes KVB-Schüler*innenticket besitzen.
- 536 • Leihradzonen an zentralen Bahnhöfen, Sehenswürdigkeiten und anderen
537 stark frequentierten Plätzen in Köln.

538
539 **Begründung**

540 Leihräder haben sich längst im Stadtbild etabliert und sind ein wichtiger Faktor für die
541 Mobilität vieler Menschen in Köln. Regelmäßig berichten die Kölner Zeitungen über
542 das Interesse neuer Unternehmen, die in Köln einen attraktiven Markt erkennen und
543 investieren möchten. Zum einen wollen sich immer mehr Menschen mit
544 klimafreundlichen Fortbewegungsmitteln bewegen und zeitgleich ist Köln eine rasant
545 wachsende Stadt. Daher kämpfen zahlreiche Unternehmen um die Aufmerksamkeit
546 der Bürger*innen, weshalb man Leihräder in den meisten Straßen in der Innenstadt
547 erkennen kann.

548 In den meisten Straßen der Innenstadt ist dies der Fall und zeitgleich sucht man
549 vergeblich in ganzen Stadtbezirken nach einem Leihrad. Die gewinnorientierten
550 Unternehmen erkennen in den äußeren Stadtbezirken keinen Markt, jedoch gibt es
551 viele Menschen, die schon lange dieses Bedürfnis haben. Die gewinnorientierten
552 Unternehmen möchten dennoch nicht expandieren, weil sie dort eine geringere
553 Gewinnmarge erreichen. Somit ist die KVB als Unternehmen der öffentlichen
554 Daseinsvorsorge gefordert, alle Menschen in Köln am Leihradsystem der KVB zu
555 beteiligen. Lange Zeit wurden die Randgebiete Kölns vom Leihradmarkt
556 ausgeschlossen und frühstens 2020 ist die sukzessive Erweiterung des
557 Leihradsystems der KVB auf die äußersten Ecken von Köln abgeschlossen. Wir
558 begrüßen diesen Beschluss, auch wenn die Erweiterung schon längst

559 abgeschlossen sein müsste. Dieser Beschluss wird aber nicht alle Probleme des
560 Kölner Leihradmarktes lösen, weil die Nachfrage nach Leihräder immer weiter
561 steigt. Somit gibt es drei wichtige Punkte, die wir mit diesem Antrag erreichen wollen:

- 562 • Die Fahrradanzahl wird zusammen mit der sukzessiven Erweiterung des
563 Ausleihgebiets der KVB-Leihräder erhöht. Zukünftig sollen 3000 Leihräder den
564 Menschen zur Verfügung stehen. Wir glauben, dass die Zahl allerdings nicht
565 ausreichen wird. Viele Menschen wählen im Kerngebiet des Leihradsystems
566 lieber andere Anbieter, da die Räder der KVB sehr häufig vergriffen sind.
567 Gerade die Ausweitung auf das gesamte Stadtgebiet, wird die Nachfrage und
568 die Wahrnehmung der Leihräder verändern, worauf die KVB antworten finden
569 muss. Somit fordern wir eine Erhöhung der Anzahl auf 5000 Fahrrädern in
570 Köln.
- 571 • Ein weiterer Faktor, durch welches das Leihradsystem der KVB sich von den
572 anderen Unternehmen hervorhebt, ist die kostenlose erste halbe Stunde für
573 Abonnent*innen der KVB. Somit können kurze und mittellange Strecken
574 kostenlos mit dem Leihrad bewältigt werden, wodurch eine optimale
575 Abstimmung für Nutzer*innen der öffentlichen Verkehrsmittel entsteht. Doch
576 gerade die Ausweitung des Leihradsystems auf das ganze Stadtgebiet, wird
577 viele Menschen betreffen, die eher längere Strecken zu bewältigen haben.
578 Jemand der in einem äußeren Stadtbezirk wohnt und in die Innenstadt fahren
579 möchte, soll dadurch nicht benachteiligt werden. Viele Menschen fahren
580 längere Strecken, die aber auch durch die KVB zu klimafreundlichen
581 Fortbewegungsmitteln bewegt werden sollen. Wir wollen keine Differenzierung
582 zwischen den zentralen und äußeren Veedeln und fordern daher die
583 kostenlose Ausweitung auf eine Stunde.
- 584 • Leihräder im Stadtbild können Fluch und Segen zugleich sein. Durch die
585 verschiedenen Unternehmen tummeln sich gerade an zentralen Plätzen
586 zahlreiche Leihräder, die viele Menschen stören. Das Problem ist allerdings
587 nicht die Anzahl der Leihräder, sondern die fehlenden Regelungen der Stadt.
588 Leihradzonen an zentralen Bahnhöfen, Sehenswürdigkeiten und anderen
589 stark frequentierten Plätzen in Köln können zu einer Entspannung dieser Lage
590 führen. Außerdem führen diese Regelung zur Verbesserung der Mobilität mit
591 den Leihräder, da einige zentrale Knotenpunkte in Köln aufgrund von
592 Sperrzonen noch nicht mit Leihräder zugänglich sind, welche durch die
593 Zonen erschlossen werden sollen.

594

595 Diese Forderungen sollen den Weg zu einem etablierten und zukunftsfähigen
596 Leihradsystem in Köln ebnen und somit auch zu einer Verbesserung der
597 klimafreundlichen Mobilität führen

599

600 Antragssteller*innen: Jusos in der Köln SPD

601 **Kostenfreie Stadtbibliothek für Köln-Pass-Inhaber*innen**

602

603 **Weiterleitung:** SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln

604

605 Die KölnSPD setzt sich für den kostenfreien Zugang von Köln-Pass-Inhaber*innen
606 bei der Stadtbibliothek ein. Dazu soll der § 8 der Benutzungs- und Entgeltordnung
607 der Stadtbibliothek geändert werden.

608

609 Begründung

610 Seit jeher gibt die SPD ihren Wähler*innen das Versprechen vom Aufstieg durch
611 Bildung. Dieses Versprechen kann jedoch nicht nur eins für den privilegierten Teil der
612 Bevölkerung sein, sondern muss sich besonders an jene richten, die in prekären
613 Lebensverhältnissen leben. Dabei gilt es möglichst viele Hürden abzubauen, um den
614 Zugang zu Bildung für alle zu ermöglichen.

615 Durch den Köln-Pass erhalten viele bedürftige Menschen in Köln Ermäßigungen bei
616 kommunalen Angeboten. Er richtet sich konkret an Menschen, die arbeitssuchend
617 sind, Wohngeld beziehen, einen Kinderzuschlag bekommen, Frühförderung in
618 Anspruch nehmen, im Alten- oder Pflegeheim leben, die ein geringes Erwerbs- oder
619 Renteneinkommen haben oder laufende staatliche Hilfe beziehen (Grundsicherung,
620 Kinder- und Jugendhilfe, Asylbewerber*innenleistungen). Viele im Köln-Pass
621 einbezogenen Vergünstigungen reichen jedoch derzeit nicht aus. Die Stadtbibliothek
622 ist eine wichtige Bildungsinstitution mit einem breiten Angebot, welche für alle
623 Menschen in Köln zugänglich gemacht werden sollte. Derzeit müssen Köln-Pass-
624 Inhaber*innen 13 € jährlich oder 7 € halbjährlich zahlen, um Zugang zur
625 Stadtbibliothek in Köln zu erlangen. Der Regelbedarf für Hartz IV-Empfänger*innen
626 sieht allerdings nur 1,01 € monatlich für Bildung vor. Um somit einen Zugang zur
627 Stadtbibliothek zu erlangen, müssen viele Menschen an anderen Stellen
628 kürzertreten. Wir wollen nicht, dass Bildung gegen andere wichtige Lebensgüter
629 ausgespielt wird und fordern somit den kostenfreien Zugang zur Stadtbibliothek für
630 alle Köln-Pass-Inhaber*innen.

631

632 **16 KomPo 19**

633

634 Antragssteller*innen: Jusos

635

636 **Plattform zur Jobvermittlung an Jugendliche**

637

638 **Weiterleitung:** SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln

639

640 Viele Jugendliche möchten sich ihr Taschengeld in ihrer Freizeit aufbessern. Diese
641 Jobsuche ist allerdings eine riesige Herausforderung. Abgesehen von den üblichen
642 Nebenjobs, wie das Zustellen von Zeitungen oder die Nachhilfe für andere
643 Schüler*innen, sind vielen Jugendlichen andere Nebenjobs gar nicht bekannt. Die
644 Suche im Netz ist äußerst kompliziert und bietet keine zufriedenstellenden
645 Antworten. Es gibt viele Plattformen und Webseiten zur Vermittlung von Nebenjobs
646 an Jugendliche für das gesamte Bundesgebiet. Vieler der dort aufgelisteten
647 Angebote sind aber nicht auf die einzelnen Städte und Gemeinden zugeschnitten.

648 Die Jobsuche soll für die Jugendlichen und die Suche nach Mitarbeitenden für
649 Arbeitgeber*innen erleichtert werden. Deshalb soll die Stadt Köln eine leicht
650 zugängliche Plattform zur Vermittlung von kleinen Nebenjobs für Jugendliche
651 einführen. Diese Plattform soll für einmalige, kleine Jobs und regelmäßige,
652 monatliche Jobs geschaffen werden. Zusätzlich soll die Plattform eine Übersicht über
653 die arbeitsrechtliche Situation von Jugendlichen zur Verfügung stellen, damit
654 Jugendliche über ihre Rechte und ihren Schutz aufgeklärt werden.

655

656 17

Neu zum ao Parteitag 23.11.2019

657

658

Antragsteller*innen: Jusos

659

660

Antragstitel: Ein kommunalpolitisches Praktikum für Köln

661

662

Die Jusos Köln und die Köln SPD setzen sich für ein kommunalpolitisches Praktikum in Köln ein. Dies soll nach dem Vorbild der Stadt Viersen erfolgen.

663

664

Beschreibung 'Kommunalpolitisches Praktikum'

665

666

Zielsetzung: Junge Menschen sollen zum einen über die Grundzüge von Kommunalpolitik informiert werden. Zudem soll ihr Interesse geweckt werden, sich selbst aktiv ins politische Geschehen vor Ort einzubringen.

667

Zielgruppe:

668

Schüler und Schülerinnen der weiterführenden Schulen ab Klasse 9. Grundzüge des Konzepts/Verlauf:

669

Das Kommunalpolitische Praktikum besteht aus einer Vorveranstaltung und anschließenden insgesamt drei Modulen: Vorveranstaltung: Speed-Debating

670

Das Speed-Debating ist eine Veranstaltung, zu der alle interessierten Schüler ab der 9. Klasse sowie VertreterInnen aller Fraktionen im Viersener Stadtrat eingeladen werden. Eine gute Möglichkeit für Kommunalpolitiker wie auch für Jugendliche, zueinander zu kommen und in einem schnellen Frage- und Antwortspiel Meinungen auszutauschen. Diese Veranstaltung bietet den späteren Teilnehmern des Kommunalpolitischen Praktikums eine Hilfe zur Entscheidung für die jeweilige Partei, der sie sich während des Praktikums näher anschließen wollen und bei der sie z.B. eine Fraktionssitzung miterleben können. Außerdem bietet das Speed-Debating die letzte Möglichkeit für die Jugendlichen, sich für das KoPra anzumelden.

671

1. Modul: - Ohne Theorie, keine Praxis –

672

Einführung in die Grundzüge der Kommunalpolitik. Wie funktioniert das Zusammenspiel zwischen Politik und Verwaltung? Die Grundlagen der Kommunalpolitik werden von Fachleuten aus der Stadtverwaltung in verständlicher Form den Teilnehmerinnen und Teilnehmern vermittelt.

673

2. Modul: - Politik live und in Farbe –

674

Der Teilnehmer erfährt im zweiten Modul "Politik live" die Arbeit in den Fraktionen und in einer Ausschusssitzung. Die Jugendlichen schließen sich der von ihnen gewählten Fraktion an. Politiker dieser Fraktion begleiten als „Mentoren“ die Jugendlichen beim Besuch einer Fraktionssitzung und bei der Sitzung eines z.B. Jugendhilfeausschusses. Die Ausschusssitzung wird von den Jugendlichen und Politikern innerhalb der Fraktionssitzung vorbesprochen und erklärt. Dazu erhalten die Teilnehmer die gleichen schriftlichen Ausschussvorlagen wie die Politiker.

675

3. Modul: - Politik; spielend einfach!? –

676

Nach Einblicken in Theorie und Praxis erhalten die Teilnehmer nun die Möglichkeit, Politik "zu proben". Im Rahmen eines Planspiels beschäftigen sie sich mit einem aktuellen (jugend-)politischen Thema. Die Teilnehmer übernehmen dabei die Rolle eines Mitglieds des Stadtrates. Die Jugendlichen lernen, wie politische Entscheidungen zustande kommen und wie sie ihre Ziele durchsetzen, bzw. Kompromisse aushandeln können.

677

Am Ende steht ein gemeinsam getroffener Beschluss innerhalb einer „Ratssitzung“.

706 Die Durchführung des Planspiels erfolgt durch einen externen Referenten.
707
708 Im Anschluss daran soll das während des Praktikums gemeinsam Erlebte
709 ausgewertet werden.
710
711 Im Anschluss an das Planspiel erhalten die Teilnehmer, die regelmäßig anwesend
712 waren, ein Zertifikat, aus der die Inhalte der Veranstaltungsreihe hervorgehen. Die
713 Verleihung erfolgt in der Regel durch den/die Bürgermeister/in.
714 Die Anlagen beziehen sich mittelgroße Stadt Viersen und sind dementsprechend
715 noch in der Ausführung von der Verwaltung an die Stadt Köln anzupassen.
716
717 Begründung: erfolgt mündlich.
718
719
720

721 **18 Neu zum ao Parteitag 23.11.2019**

722
723 **Antragsteller*innen: Jusos Köln**

724 **Antragstitel: Wohnungslosigkeit den Kampf ansagen!**

725 Die SPD und die Jusos Köln fordern, dass in Köln folgende Maßnahmen umsetzt
726 werden:

727 **Schlafmöglichkeiten**
728 Die Öffnungszeiten von Notschlafstellen für Wohnungslose, bei denen der Aufenthalt
729 auf eine Übernachtung beschränkt ist, werden in den Herbst- und Wintermonaten auf
730 die Lichtzeiten am Tag ausgeweitet. Durch die Vermittlung von Geflüchteten in
731 Wohnung, werden Stück für Stück Geflüchtetenunterkünfte frei. Diese sollen nicht
732 abgerissen oder ungenutzt werden.

733 Stattdessen soll die Stadt Köln diese für die temporäre Unterbringung von
734 wohnungslosen Menschen nutzen.

735 Um zu gewährleisten, dass jeder wohnungslose Mensch einen freien
736 Notunterkunftsplatz bekommt, stellt die Stadt Köln eine telefonische Hotline zur
737 Verfügung, die am Abend darüber informiert in welcher Notschlafstelle Plätze frei
738 sind. Die freien Plätze sollen auch auf ihrer Homepage sowie auf Infotafeln in jeder
739 Notschlafstelle und in jeder Kölner Bahnhofsmission dargestellt werden.

740 Es sollen darüber hinaus eigens Notschlafstellen für wohnungslose mit Menschen mit
741 Tieren eingerichtet werden.

742
743 **Einrichtung von Begegnungsorten**
744 Zur Ergänzung des bereits bestehenden Angebots von freien Trägern, sollen s.g.
745 Begegnungsorte über das gesamte Stadtgebiet der Stadt Köln eingerichtet werden.
746 Bei den Begegnungsorte sollen es sich Aufenthaltsräume für wohnungslose
747 Menschen handeln die als Rückzugsräume am Tag dienen. In regelmäßig
748 wiederkehrenden Abständen werden dort Gespräche mit Psychotherapeut*innen und
749 Sozialarbeiter*innen angeboten. Die dort eingesetzten Sozialarbeiter*innen sollen im

750 Sozialrecht geschult sein und den wohnungslosen Menschen beim beantragen von
751 Sozialleistung beraten und betreuen.
752 Zudem sollen die Begegnungsorte Freizeitangebote (z.B. Sportkurse/Filmabende)
753 bereitstellen.
754 In den Begegnungsorten soll eine festes Angebot an kostenlosen Getränken/Snacks
755 zu Verfügung stehen. Die Einrichtungen stellen zudem Post- und Schließfächern,
756 Waschmöglichkeiten, Computer und Sitzgelegenheit zur Verfügung. Es soll auch
757 Begegnungsorte geben in denen die Tiermitnahme erlaubt ist.
758
759 Streetworker*innen/Sozialarbeiter*innen/Psychotherapeut*innen:
760
761 Die Stadt Köln stellt ausreichend Streetworker*innen, Sozialarbeiter*innen und
762 Psychotherapeut*innen ein und sorgt mit einer bessere Bezahlung und bessere
763 Arbeitsbedingungen dafür, dass sie als Arbeitgeberin attraktiver für die Berufsbilder
764 wird.
765 Zentrale Beratungsstelle
766
767 Eine zentrale Beratungsstelle soll bei der Stadt Köln eingerichtet werden. Bei dieser
768 können sich ehrenamtlich Engagierte und wohnungslose Menschen sich über
769 Hilfsangebote informieren. Außerdem können wohnungslose Menschen von
770 Hilfsträger*in zu Hilfsträger*in weitervermittelt werden.
771
772 Die Köln SPD und die Jusos Köln fordern, dass das Land NRW folgendes umsetzt:
773 Das Land NRW stellt Busse bereit, die wohnungslose Menschen in der Winterzeit,
774 soweit alle Plätze in Notschlafstellen in der Stadt mit dem ständigen Aufenthalt belegt
775 sind, an bestimmten Sammelpunkten abholen und zu anliegende Städten und
776 Gemeinden mit freien Plätzen in Notschlafstellen fahren. Am nächsten Tag fahren die
777 Busse die wohnungslosen Menschen wieder zurück. Dieses Hilfsangebot ist auf rein
778 freiwilliger Basis.
779
780 Begründung: erfolgt mündlich.
781